

SGB-MEDIENKONFERENZ VOM 3. MAI 2016

Paul Rechsteiner, Präsident SGB

Zwei Nein für den Service Public und eine faire Verkehrsfinanzierung

Ginge es darum, den Service Public zu stärken, dann würden die Gewerkschaften mit voller Kraft für ein Ja zur Initiative „Pro Service Public“ kämpfen. Und wäre die Abstimmungsfrage die, dass die Löhne der Manager der Bundesunternehmen wieder unter jenen der Bundesräte zu liegen kämen, wären die Gewerkschaften sofort dafür. Leider ist das nicht der Fall.

Die Initiative der Konsumentenzeitschriften operiert ausgerechnet mit dem unseligen Begriff des Verbots der „Quersubventionierung“. Dieser Begriff wurde erfunden, um die öffentlichen Unternehmen zu schwächen und zu zerschlagen. Zum Beispiel die einstige PTT, bei der die rentable Telefonie die Postdienste quer subventionierte. Zum Nutzen aller. Jedem privaten Investor oder Unternehmer ist es erlaubt, nach eigenen Prioritäten oder im längerfristigen Interesse Schwerpunkte zu setzen und einen Bereich durch den anderen „quer“ zu subventionieren. Nur der öffentlichen Hand soll das mit ihren Unternehmen nicht mehr erlaubt sein. Dabei machen eine auf den allgemeinen und gesamthaften Nutzen ausgerichtete Tätigkeit und der Ausgleich beispielsweise zwischen den Regionen die Bundesbetriebe gerade aus. Sei es bei den SBB oder bei der Post. Weil das Verbot der Quersubventionierung ein neoliberaler Kampfbegriff ist, schadet die Initiative deshalb dem Service Public statt ihn zu verbessern.

Und weshalb soll beispielsweise die Swisscom keine Gewinne mehr machen dürfen? Weshalb soll das nur Salt und Sunrise vorbehalten sein? Käme die Initiative durch, wäre der Privatisierung der Swisscom Tür und Tor geöffnet. Das aber wäre für die Schweiz ein Eigentor. Eine starke Swisscom sorgt dafür, dass wir im Zukunftssektor der Telekommunikation eigene Schwerpunkte setzen können.

Sicher gäbe es beim Service Public einiges zu verbessern. Und die Spitzenleute der Bundesunternehmen sind mit ihren Auftritten oft eine schwere Hypothek. Nicht nur wenn es um ihre Löhne geht, sondern auch, wenn sie zum Beispiel weitere Preisaufschläge beim öffentlichen Verkehr propagieren. Es wäre aber ein grober Fehler, deshalb der wenig durchdachten Initiative zuzustimmen.

Dasselbe gilt für die Initiative der Automobilverbände. Sie trägt den hehren Titel „Für eine faire Verkehrsfinanzierung“, verkehrt den Begriff der Fairness aber ins Gegenteil. Die Bundeskasse um 1,5 Milliarden Franken zu plündern ist unfair gegenüber allen, die auf intakte Bundesfinanzen angewiesen sind. Vom Bildungswesen über die Sozialwerke bis zum öffentlichen Verkehr. Auch ver-

kehrspolitisch geht die Initiative voll in die falsche Richtung. Während der private Motorfahrzeugverkehr in den letzten Jahren immer billiger geworden ist, wird der öffentliche Verkehr immer teurer. Diese Fehlentwicklung würde sich mit der Initiative noch massiv verschärfen.

Es braucht deshalb am 5. Juni trotz den wohlklingenden Initiativtiteln ein doppeltes Nein. Ein Nein für mehr Fairness und ein Nein als Bekenntnis zum Service Public.